



Freitag, 17. August 2018, 16:00 Uhr
-19 Minuten Lesezeit

Warum den Medien nicht zu trauen ist

Interview mit dem Medienforscher und -kritiker Uwe Krüger. Exklusivabdruck aus „Lügen die Medien?“.

von Jens Wernicke
Foto: BrAt82/Shutterstock.com

In den Medien muss sich fast alles ändern, denn ihre Durchsetzung mit »Meinungsmache« beschädigt die Demokratie. Inzwischen sind die Verwerfungen zwischen Medien und Mediennutzern gewaltig. Und so verwundert es nicht, dass eine Medienkritik entstanden ist, die grundsätzlicher Natur ist: »Sie akzeptiert das Selbstbild, das die »großen Medien« von sich nach außen kommunizieren, nicht mehr. Die Rolle der Medien als »Hauptwirklichkeitsdeuter« der Gesellschaft ist zerbrochen, ihr Welterklärungsmonopol ist in

weiten Teilen aufgebrochen«, wie es im Telepolis-eBook »Medienkritik« heißt (1). Auf der einen Seite setzen sich Mediennutzer mit der Berichterstattung teilweise im Detail auseinander, markieren die Schwachstellen und scheuen sich nicht, auf blinde Flecken und Manipulationen in der Berichterstattung hinzuweisen. Auf der anderen Seite erforschen Wissenschaftler wie etwa Uwe Krüger die »Meinungsmacht« von Eliten-Netzwerken hinter den Kulissen unserer Medien und gehen der Frage nach, warum die veröffentlichte Meinung aktuell immer homogener wird. Jens Wernicke sprach mit ihm zum »Mainstream-Effekt«.

Herr Krüger, nachdem Sie mit »Meinungsmacht« im Jahr 2013 ganz schön für Furore gesorgt haben, haben Sie mit dem Buch »Mainstream: Warum wir den Medien nicht mehr trauen nachgelegt. Warum dieses Buch? Was war Ihre Motivation?

Im Jahr 2014, mit der Annexion der Krim durch Russland, brach eine wohl schon länger schwelende Vertrauenskrise zwischen großen Medien und Mediennutzern offen aus. Sehr viele Nutzer stellten die Deutungsmuster der Berichterstattung in Frage, und die Aufregung wurde damals befeuert von Daten aus meiner Dissertation zu Journalisten in US-nahen Elitennetzwerken, welche durch Alternativmedien wie Telepolis und die NachDenkSeiten sowie durch die ZDF-Satiresendung »Die Anstalt« weite Verbreitung fanden.

Das Jahr 2014 ging dann mit Pegida-Demonstrationen und »Lügenpresse«-Rufen zu Ende – Medienkritik kommt seitdem massiv sowohl von links als auch von rechts, sie

beklagt jeweils die Homogenität der Medieninhalte und die Konformität mit der Regierungspolitik, und sie ist oft verbunden mit fundamentaler Systemkritik.

In meinem Buch versuche ich zu erklären, warum sowohl Leser der NachDenkSeiten als auch Pegida-Anhänger den großen Medien das Vertrauen entzogen haben – und zugleich empathisch mit den Journalistinnen und Journalisten zu sein, die in der Vertrauenskrise oft etwas ratlos aussehen und überzeugt sind, einen guten Job zu machen.

Diesmal geht es ja weniger um Elitennetzwerke, sondern um das, was wohl jedermann wahrzunehmen vermag: dass der Korridor der veröffentlichten Meinung inzwischen so schmal ist wie kaum je zuvor. Von medialer Pluralität kann bei vielen Themen inzwischen keine Rede mehr sein, und gerade in Bezug auf Krieg und Frieden sowie Arm und Reich gibt es kaum mehr Abweichungen zur Eliten-Propaganda.

Hat sich die Situation seit 2013 denn weiter zugespitzt? Die skizzierten Gedanken hatten Sie sich ja bereits für »Meinungsmacht« gemacht. Was hat sich verändert seitdem? Warum legen Sie nach?

Auf jeden Fall ist die Wut der Mediennutzer größer geworden und das Empfinden gewachsen, dass der Meinungskorridor zu eng ist. Ich glaube, dass der Mainstream – also die dominanten Narrative in der Mehrzahl der großen Medien – in engem Zusammenhang mit dem Elitendiskurs steht, also dass die Meinungsspanne in den Medien ungefähr der Meinungsspanne in der politischen Elite entspricht.

Nun haben sich die etablierten Parteien in vielen inhaltlichen Fragen einander angenähert: Die SPD ist wirtschaftsliberaler, die CDU ökologischer und die Grünen sind militärfreundlicher geworden.

De facto haben wir, so sagt es auch der ZEIT-Vizechefredakteur Bernd Ulrich, in den wesentlichen Fragen eine schwarz-rot-grüne Koalition (2). Die weist auch in Sachen Freihandel, Waffenexporte, Auslandseinsätze und Kampfdrohnen große Schnittmengen auf und hat zum Beispiel in der Ukraine-Krise einen harten transatlantischen Kurs gefahren, weit entfernt von der alten sozialdemokratischen Ostpolitik und einem Interessenausgleich mit Russland.

In einigen wichtigen politischen Fragen gibt es große Klüfte zwischen der Bevölkerungsmeinung und der Elitenmeinung – und die großen Medien werden eher als Transmissionsriemen des Elitendiskurses wahrgenommen denn als Anwalt der Bevölkerung.

Viele Nutzer, sowohl im linken als auch im rechten Spektrum, haben außerdem das Gefühl, dass die Journalisten nicht ihre Augen und Ohren sind, die mit unverstelltem Blick versuchen, Wirklichkeit abzubilden, sondern dass sie sich als ihre Lehrer gebärden, als Volkspädagogen, die Gut-Böse-Geschichten erzählen und sie von den angeblichen Notwendigkeiten und Alternativlosigkeiten der jeweiligen Regierungs- oder Bündnispolitik überzeugen wollen.

Der Elitenforscher Michael Hartmann spricht schon seit Längerem von einer »Verbürgerlichung der Politik« und meint damit einen Prozess, dass unsere Eliten immer homogener würden.

Konkret gibt es nicht nur unter den politischen Eliten immer weniger »Aufsteiger«, die immensen Prozesse der Kapitalkonzentration spülen auch allerorten immer mehr Macht in die Hände von immer weniger Menschen.

Ist so etwas auch in Bezug auf die Medienlandschaft zu beobachten? Handelt es sich hierbei gegebenenfalls um den Faktor »politische Ökonomie« hinter der zunehmenden

Verengung des Meinungskorridors?

Sicherlich spielt die politische Ökonomie eine große Rolle.

Während die Kluft zwischen Arm und Reich in der Gesellschaft wächst, wachsen auch in den Redaktionen die Unsicherheit und die Angst vor Arbeitsplatzverlust – was laut einer Umfrage die Bereitschaft beeinträchtigt, nonkonformistisch zu berichten (3).

Die Tageszeitungen haben einen massiven Einbruch der Werbeeinnahmen seit dem Jahr 2000 erlitten, in den Redaktionen regiert der Rotstift, während PR und Lobbyismus immer mehr aufrüsten. Und wir haben auf dem Tageszeitungsmarkt inzwischen einen Höchstwert an Eigentümer-Konzentration (4).

Und auch mit der Verbürgerlichung sprechen Sie ein wichtiges Thema an. Journalisten sind nämlich von ihrer Milieuzugehörigkeit kein verkleinertes Abbild der Gesellschaft, sondern bilden eine relativ homogene Szene. Sie sind überwiegend Mittelschichtskinder aus gesicherten Verhältnissen und haben einen Hochschulabschluss.

Soziokulturell gehören sie zum großen Teil einem liberal-intellektuellen Milieu mit postmaterialistischen Werten an. Das prägt natürlich den Habitus, die Perspektive auf die Welt und die Fragen, die man sich stellt. Vor allem die leitenden Journalisten großer Medienhäuser, so hat es der Medienwissenschaftler Lutz Hachmeister bereits 2002 festgestellt, würden heute mehr denn je einer verblüffend homogenen politisch-kulturellen Führungsschicht angehören. Und er fragte sich damals schon, ob dieses »spätbürgerliche Establishment« von Entscheidern aus Politik, Wirtschaft und Kultur »die Entfremdung breiter Bevölkerungsschichten von den formaldemokratischen Ritualen überhaupt mitbekommt« (5).

Welche Mechanismen verorten Sie denn darüber hinaus, die uns

**die Medienmisere, mit der wir konfrontiert sind, beschert haben?
Welche Prozesse laufen da wo genau ab? Welche Instanzen und
Institutionen filtern Meldungen, die wir nicht wahrnehmen
sollen, aus der Darstellung heraus?**

Mir ist wichtig festzuhalten: Es gibt keinen Puppenspieler,
Journalisten sind keine fremdgesteuerten Marionetten.

Aber sie stecken in bestimmten Zwängen und Routinen der
Nachrichtenproduktion, stehen unter permanentem
Aktualitätsdruck, orientieren sich an Konkurrenzmedien und an
Nachrichtenagenturen, und sie folgen in der Themenagenda und
bei der Rahmung dieser Themen oft den Vorgaben der Politikelite.
Wenn es einen Konsens innerhalb der Elite gibt, erfahren
Mediennutzer häufig nichts über mögliche Alternativen, und dann
wird auch selten die Gültigkeit der Argumente aus dem
Elitendiskurs hinterfragt.

Kritik wird dann allenfalls an taktischen Details geübt, nicht an der
großen Strategie.

Darüber hinaus findet offensichtlich in Hintergrundkreisen, elitären
Vereinen, Think-Tanks, exklusiven Konferenzen und an anderen
Orten vertraulicher Begegnung ein Abgleich der Perspektiven statt.
Dieser lässt Journalisten oft zu Politiker-Verstehern werden, die die
Fragen des Publikums nicht mehr stellen, die Rücksichten nehmen
und sich für das Gelingen einer bestimmten Politik
mitverantwortlich fühlen.

Eine solche »Verantwortungsverschwörung«, wie ich es zugespitzt
nenne, sah man in jüngster Zeit bei Themen wie Ukraine und
Russland, Griechenland und Schuldenkrise sowie bei der
sogenannten »Flüchtlingskrise«: Journalisten im Gleichklang mit der
Regierung gemeinsam gegen Putin, Syriza, Pegida, oft ohne
ernsthaft die Perspektiven und Interessen dieser Herausforderer

unseres Establishments zu spiegeln und die Gültigkeit ihrer Argumente zu erörtern.

Interessanterweise gab es in der Bundesrepublik schon einmal einen »Konsensjournalismus«, wie die Historikerin Christina von Hodenberg festgestellt hat – und zwar im ersten Nachkriegsjahrzehnt, als es den Eliten darum ging, den jungen, verwundbaren Staat zu schützen und den prekären inneren Frieden zu erhalten.

Erst als das Land stabil genug war, entstand eine kritischere, stärker polarisierte Öffentlichkeit (6). Wenn jetzt die Meinungsspanne offenbar wieder zusammengeschnurrt ist, hängt das wohl auch mit dem permanenten Krisenzustand zusammen, in dem sich Europa und die westliche Welt befinden.

Können wir den Prozess von einem Ereignis vielleicht einmal anhand eines konkreten Beispiels durchsprechen? Mich würde interessieren, was zwischen Ereignis und mir als Nachrichtenkonsumenten alles geschieht und an welchen »Schaltstellen« hierbei jeweils ein Filter aufgesetzt, ein Narrativ nachgebessert, eine Sache verschwiegen werden kann – und wie das konkret geschieht.

Nehmen wir die Ukraine-Krise, für mich die Initialzündung für den Massenaufstand der Mediennutzer.

Da gibt es Ende 2013 in Kiew Proteste gegen den Präsidenten Janukowitsch, der ein geplantes Assoziierungsabkommen mit der EU nicht unterzeichnet hat. Die deutschen Medien sympathisieren mit den Maidan-Demonstranten, denn die sind offenbar pro-westlich und wollen ein kleptokratisches Regime loswerden. Die Demonstrationen schwellen an, und es bricht zunehmend Gewalt aus.

In den Medien wirkt es so, als ob dafür vor allem die Polizei verantwortlich ist – die rechtsextremen Kräfte, die den Maidan radikalisieren, kommen kaum vor. Dazu beigetragen hat sicherlich auch Lobbyismus, etwa von Seiten der Heinrich-Böll-Stiftung: Diese verbreitete einen seltsam besserwisserischen und in sich widersprüchlichen Aufruf von 38 Maidan-nahen Ukraine-Experten, die Medien sollten die Rechtsextremen auf dem Maidan nicht »überbewerten« oder »fehlinterpretieren«, denn diese freiheitliche Bewegung spiegele »in gewisser Hinsicht die gesamte ukrainische Bevölkerung wider« (7).

Der große Held des Maidan in den deutschen Abendnachrichten und in der BILD-Zeitung ist – obwohl er real in der Opposition nur eine Nebenrolle spielt – Vitali Klitschko. Er spricht Deutsch, der Zuschauer kennt ihn aus dem Boxring, und Klitschko wird von Angela Merkel, den konservativen Parteien in der EU und der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt (8). Er ist »unser Mann« in Kiew und soll neuer Präsident werden.

»Fuck the EU«, sagt Victoria Nuland, Vizeaußenministerin der USA, zum US-Botschafter in Kiew am Telefon (9). Sie will nicht Klitschko, den Favoriten der EU, am Steuer sehen, sondern Arsenij Jazenjuk, der schon länger gute Beziehungen zur NATO und den USA unterhält und seit 2007 über seine Stiftung »Open Ukraine« unter anderem mit dem US-Außenministerium, der NATO und dem German Marshall Fund of the United States kooperiert.

Die deutschen Medien regen sich kurz über Nulands Schimpfen auf die EU auf, aber der Dissens innerhalb der »westlichen Wertegemeinschaft« über das künftige Führungspersonal des Landes, die dahinterstehenden geopolitischen Interessen und die Demokratieexport-Bemühungen der westlichen Akteure werden nicht tiefer recherchiert oder analysiert. Man ist fokussiert auf Putin und seine Einmischung in der Ukraine.

Dann gibt es rätselhafte Scharfschützenmorde an Demonstranten. Sofort wird das Janukowitsch in die Schuhe geschoben, und dieses Narrativ hält sich bis heute, obwohl journalistische Recherchen und eine Studie gezeigt haben, dass die meisten Schüsse aus Gebäuden kamen, die zur fraglichen Zeit in der Hand des Rechten Sektors waren, und die jetzige ukrainische Justiz keine ernsthaften Ermittlungen in dieser Sache durchführt (10).

Janukowitsch flieht außer Landes, und die Eliten des Maidan übernehmen die Macht im Lande. Janukowitsch, rechtmäßig gewählter Präsident, wird vom Parlament mit einer einfachen Abstimmung abgesetzt. Das war ein Verfassungsbruch – es hätte eigentlich ein Amtsenthebungsverfahren geben müssen.

Macht nichts, sagen deutsche Leitartikler, die revolutionäre Situation entschuldige solche Petitessen. Hauptsache, die Ukraine ist endlich auf dem Weg nach Europa.

Dann annektiert Putin die Krim – wenn die NATO in Gestalt von Jazenjuk im Nachbarland einzieht, muss er um seinen Schwarzmeerhafen fürchten. Dieser Völkerrechtsbruch verursacht einen Aufschrei in den deutschen Medien, der so laut bei völkerrechtswidrigen Angriffs- und Drohnenkriegen des Westens nicht erklingt (11).

Ich spitze zu und mache hier bewusst eine Gegenerzählung auf, die die blinden Flecken der Ukraine-Berichterstattung betont und auch nicht das ganze Bild transportiert. Mein Punkt ist aber, dass sich der mediale Mainstream kaum von Fakten irritieren lässt, die nicht ins vorgefertigte Narrativ passen.

Bei geopolitischen Konflikten heißt dieses Narrativ, um mal einen Buchtitel von Mathias Bröckers und Paul Schreyer zu zitieren: »Wir sind die Guten«. Es gibt eine unterschwellige Identifikation mit den

eigenen politischen Eliten und eine tendenzielle Dämonisierung und Delegitimierung der jeweiligen Gegenspieler.

Neulich erst las ich im Spiegel eine Anti-Putin-Geschichte über den Krieg in Syrien, in dem Putins außenpolitische Ambitionen auch mit dem Georgien-Krieg 2008 illustriert werden. Das passte schön in die Erzählung von der bedrohlichen Expansion Russlands und Putins Provokationen.

Aber eine internationale Untersuchungskommission der EU sowie die OSZE haben nach diesem Krieg festgestellt, dass der georgische Präsident Saakaschwili damals der Aggressor gewesen ist. Das hat sogar ein Mitautor des jetzigen Spiegel-Artikels damals auf Spiegel Online vermeldet (12). Und der Spiegel hat zudem eine Fakten-Check-Abteilung mit über siebzig Dokumentaren!

Man kann diese selektive Wahrnehmung mit westlicher Sozialisation und kognitiven Prägungen aus dem Kalten Krieg erklären oder mit der Einbindung leitender Journalisten in transatlantische Netzwerke und die dort ablaufenden Diskurse. Oder damit, dass die Journalisten einfach der PR beziehungsweise Propaganda der eigenen Eliten auf den Leim gehen. Oder dass sie aus Verkaufsgründen simple Geschichten mit steilen Thesen erzählen wollen.

Aber für mich steht fest: Es gibt diese Einseitigkeiten, blinden Flecken und doppelten Standards, woher auch immer sie nun rühren. Es gibt diese »Bündnisrücksichten«, wie es der ehemalige ZDF-Nahost-Korrespondent Ulrich Tilgner ausdrückte, als es ihm beim ZDF zu regierungskonform wurde und er zum Schweizer Fernsehen wechselte (13).

Und es gibt diesen märchenartigen Tenor, dass »Gut gegen Böse« kämpfe, anstatt dass nüchtern und neutral das Ringen von

Interessen gegen Interessen dargestellt wird. Und das untergräbt das Vertrauen der Nutzer in die Medien.

Im Buch skizzieren Sie das komplexe Problem »Verlust des Vertrauens in die Medien« als Resultat einer Mischung aus der Prekarisierung von Journalisten, von Machthierarchien in den Redaktionen und Verlagen sowie dem Einfluss von Elitennetzwerken, mächtigen Lobbys und PR-Agenturen auf Medien- und Medienmacher. Sie sprechen aber auch eine Art »journalistischen Opportunismus« an, ob dessen Sie einen Wandel des journalistischen Selbstverständnisses »vom Aufpasser zum Anpasser« konstatieren. Wie meinen Sie das?

Nun, es gibt zwei repräsentative Befragungen deutscher Journalisten, die wurden 1993 und 2005 durchgeführt (14). Dort wurde unter anderem nach dem Rollenverständnis und den Zielen der Journalisten gefragt. Es zeigte sich, dass die Ambitionen abgenommen haben, Kritik und Kontrolle auszuüben, Themen selbst auf die Agenda zu setzen und sich für die Benachteiligten in der Bevölkerung einzusetzen.

Mit zunehmendem technischem, wirtschaftlichem und zeitlichem Druck hat das Leitbild des reinen Informationsjournalisten und Content-Managers an Dominanz gewonnen.

Sie beschreiben auch den Dialog der ZDF-Journalistin Dunja Hayali mit einer wütenden Besucherin einer AfD-Kundgebung und konstatieren schließlich, dieser ginge es bei ihrer Medienkritik ganz offensichtlich nicht, wie stets behauptet, um Lügen im Sinne falscher Sachverhaltsaussagen. Sondern: »Es geht um die Perspektive, um den Blickwinkel, den Standpunkt: Ihre Sicht ist nicht meine Sicht! Ihre Position im System ist nicht meine Position! Ihr Interesse ist nicht mein Interesse!« Das bedeutet doch aber: Bei Pegida äußert sich eigentlich ein sozialer Konflikt, der dank all der rassistischen Aufladung dann aber

kanalisiert und umgeleitet wird. Hinter der sichtbaren Oberfläche geht es nicht nur um konkrete soziale Nöte, sondern – einmal aus Klassenperspektive auf die Lage geschaut – zumindest auch um Widerstand des »Unten« gegen die Missachtung, Ausbeutung und Ausgrenzung durch das »Oben«, also etwa dagegen, dass Armut und Elend im Mainstream schöngeschrieben oder totgeschwiegen werden...

In der Vertrauenskrise äußert sich auf jeden Fall ein Konflikt zwischen »Oben« und »Unten« – und diejenigen, die unten sind oder sich dort wähnen, entziehen dem Journalismus ihr Vertrauen auch deshalb, weil dieser tendenziell die Perspektive des Establishments einnimmt und dessen Diskurs reflektiert und eher selten eigenständig gesellschaftliche Probleme »von unten« ins politische System hineinträgt.

Bei den Medien wird also viel Frust über die Politik abgeladen, weil Medien Politik transportieren, erklären, sie rational bis alternativlos erscheinen lassen. Man muss da genau unterscheiden, welche Kritik an wen gerichtet ist.

Und die Ergebnisse Ihres ersten Buches zum Thema Alpha-Journalisten und Elitennetzwerke: Was genau haben Sie untersucht und herausgefunden?

Ich habe zunächst Verbindungen zwischen hochrangigen Journalisten deutscher Leitmedien zu Eliten aus Politik und Wirtschaft gesucht, die abseits der unmittelbaren journalistischen Aufgaben wie Recherche oder Interviewführung liegen und die über Organisationen wie Vereine, Think-Tanks, Stiftungen oder nicht-öffentliche Konferenzen vermittelt sind.

Dabei zeigte sich, dass die deutsche Journalismuselite vielfach Kontaktpotenzial mit anderen Eliten hat und dass es auf der politisch-medialen Hinterbühne offenbar

eine rege informelle Kommunikation miteinander gibt: Von den 219 Journalisten meiner Grundgesamtheit habe ich bei 64, also knapp einem Drittel, entsprechende Involviertheiten in insgesamt 82 Organisationen festgestellt.

Besonders auffallend war die Einbindung von außenpolitisch tonangebenden Journalisten in ein transatlantisch geprägtes Elitenmilieu.

Vor allem Stefan Kornelius, Außenpolitik-Ressortleiter der Süddeutschen Zeitung, Klaus-Dieter Frankenberger, Außenpolitik-Ressortleiter der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Michael Stürmer, Chefkorrespondent der Welt, und Josef Joffe, Mitherausgeber der ZEIT, waren oder sind einschlägig im US- und NATO-nahen außenpolitischen Establishment vernetzt – über Organisationen wie die Münchner Sicherheitskonferenz, die Trilaterale Kommission, die Bundesakademie für Sicherheitspolitik, das American Institute for Contemporary German Studies, den American Council on Germany, die Deutsche Atlantische Gesellschaft, die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, die Atlantik-Brücke oder die Atlantische Initiative.

In einem zweiten Schritt habe ich Kommentare dieser vier Journalisten zur Außen- und Sicherheitspolitik analysiert, und siehe da: In zentralen Fragen wie der Definition von Sicherheit und Verteidigung – Stichwort »erweiterter Sicherheitsbegriff« – oder jener nach Auslandseinsätzen der Bundeswehr oder wie eng man mit den USA zusammenarbeiten sollte, waren sie im Wesentlichen alle derselben Meinung.

Und die war sehr elitennah und berücksichtigte kaum die Militärkritik, die von Friedensbewegung und Friedensforschung, Kirchen, Gewerkschaften oder Linkspartei geäußert wird.

Und welche Schlüsse ziehen Sie hieraus? Was bedeuten diese Ergebnisse für fortschrittliche Medienkritik?

Man kann aus diesen Ergebnissen nicht ableiten, dass die vier Journalisten gekauft, korrumpiert, manipuliert oder vereinnahmt wären. Man kann in Köpfe nicht hineinschauen, und es ist schwer, von außen zu rekonstruieren, wie eine Meinung zustande kam. Die vier sind eben Transatlantiker, die ihre Haltung auch publizistisch mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln ausdrücken. Daran ist erst einmal nichts Verwerfliches.

Gleichwohl kann man gemäß dem Leitspruch des ehemaligen »Tagesthemen«-Moderators Hanns Joachim Friedrichs »Überall dabei sein, ohne dazuzugehören« fordern, dass sich Journalisten nicht zu eng in ein Elitenmilieu einbinden lassen dürfen.

Ich würde also sagen: Man darf als Journalist sehr wohl Mitglied der Atlantik-Brücke sein, weil das die einzige Möglichkeit ist, um Zugang zu deren Veranstaltungen zu bekommen und dort Kontakte zu knüpfen. Aber man sollte dort nicht im Vorstand mitarbeiten, wie etwa der langjährige BILD-Chefredakteur Kai Diekmann, und aktiv Lobbyarbeit für engere transatlantische Kooperation betreiben – das heißt sich mit der Rolle des neutralen Beobachters und Berichterstatters.

Zudem muss man von Journalisten einfordern, auch offen für andere Haltungen und Argumente zu sein und diese nicht von der öffentlichen Debatte fernzuhalten.

Diese Offenheit könnte sich zum Beispiel darin ausdrücken, dass man nicht nur die elitäre und militärlastige Münchner Sicherheitskonferenz besucht, sondern ebenfalls die Münchner Friedenskonferenz als zivilgesellschaftliche Gegenveranstaltung hierzu, um sich dort Best-Practice-Beispiele ziviler

Konfliktbearbeitung anzuhören.

Das ist die individuelle Ebene, die den einzelnen Journalisten in den Fokus nimmt. Auf einer gesellschaftlichen Ebene sollte Medienkritik noch eine weitere Frage diskutieren: Wenn an entscheidenden Stellen in deutschen Leitmedien Transatlantiker sitzen, aber große Teile der Bevölkerung Amerika- und NATO-kritisch sowie militärskeptisch eingestellt sind, fehlen dann vielleicht im medialen Mainstream die publizistischen Vertreter, die Alternativen zur transatlantischen Perspektive formulieren und eine gewisse Repräsentativität herstellen?

Was müsste geschehen, damit die Bürger das Vertrauen in die Medien zurückgewinnen? Was täte not? Was raten Sie Medienmachern und Medienkritikern? Sehen Sie da eine zielführende Strategie?

Ich wünsche mir einen sachlichen und konstruktiven Dialog mit weniger Emotionen und ohne wechselseitige Verachtung.

Das heißt auf Seiten der Nutzer: die Wut hintanstellen, Kritik möglichst faktenbezogen und mit Klarnamen anbringen.

Das heißt auf Seiten der Medienmacher: zuhören.

Das machen ja auch manche schon, wie etwa Dunja Hayali. Und auch bei NDR »Zapp«, Spiegel und ZEIT sehe ich Bemühungen, dem Zerwürfnis auf den Grund zu gehen.

Generell denke ich, dass sich die Medien stärker vom Elitendiskurs entkoppeln und mehr als bisher selbst recherchierte Themen wie soziale Konflikte auf die Agenda setzen müssten. Gut wäre es auch, wenn Berichterstattung weniger aufgeregt, weniger emotional und weniger moralisierend würde.

Was in vielen Fällen fehlt, ist Unparteilichkeit und Ausgewogenheit – sowie Recherche. Es ist schon schwer genug, die Welt zu beschreiben und Klarheit auf der Sachverhaltsebene herzustellen. Wenn dann aber auf der Deutungsebene ein – auch ökonomisch begründeter – Wettlauf um die steilste These und das schärfste Urteil dazukommt, weil man ständig das Empörungspotenzial beim Publikum abrufen will, ist das nicht vertrauensbildend.

Denn um die steile These zu belegen, muss man meist viele Informationen ausblenden – nämlich die, die nicht dazu passen. Viele Leute wollen aber vor allem unvoreingenommene Information und nüchterne Analyse, um darauf aufbauend ihr eigenes Urteil zu fällen.

Haben Sie vielen Dank für das Gespräch.

[\(https://www.westendverlag.de/buch/luegen-die-medien/\)](https://www.westendverlag.de/buch/luegen-die-medien/)

Stimmen zum Buch:

„Selten habe ich ein so differenziertes und fundiertes Buch über die Fragwürdigkeit unserer modernen Medienindustrie gefunden. Wer bisher nur geahnt hatte, dass da etwas schief läuft, findet hier vieles bestätigt und wer noch immer glaubt, dass es jemand gibt, der das alles lenkt und steuert, kann hier sehr viel über sich selbst organisierende Systeme lernen...“

Gerald Hüther, Neurobiologe

„Das Medienkritik-Kompendium‘ steht eher klein auf dem Cover. Wie das Verlage halt so machen, normalerweise. Viel versprechen, damit die Kunden anbeißen. Nicht so bei diesem Buch. Jens Wernicke versammelt wirklich alles, was Rang und Namen hat in Sachen Medienkritik, und hebt dieses Genre so auf eine neue Stufe. Weg von plumper Journalistenschelte, weg auch von der Idee, im Kanzleramt oder irgendwo dort in der Nähe sitze jemand, der die Redaktionen im Land dirigiere. In diesem Buch geht es ans Eingemachte. Es geht um Medienbesitz, um Gedankenkontrolle und um den BND, um die journalistische Berufsideologie, um Wording. Kurz: Es geht darum, endlich zu verstehen, was die Medien mit uns machen.“

Michael Meyen, Professor für Allgemeine und Systematische Kommunikationswissenschaft

Uwe Krüger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Journalistik an der Universität Leipzig. Sein Buch »Meinungsmacht« über die Netzwerke der Alpha-Journalisten im Elitenmilieu ist breit diskutiert worden. Unter anderem wurden seine Ergebnisse von der ZDF-Satiresendung »Die Anstalt« in ihrem inzwischen legendären Sketch »Qualitätsjournalismus« aufgegriffen. Beim vorliegenden Interview handelt es sich um eine aktualisierte und erweiterte Fassung eines zuerst am 9. März 2016 auf den NachDenkSeiten erschienenen Textes.

Quellen und Anmerkungen:

- (1) Marcus Klöckner: Medienkritik. Zu den Verwerfungen im journalistischen Feld, E-Book, 2016
- (2) Matthias Geis, Bernd Ulrich: »Ausweitung der Kampfzone«, Die Zeit Nr. 5 vom 29.1.2015, S. 2–3,
<http://www.zeit.de/2015/05/konsensgesellschaft-alternativlosigkeit-dagegen>
(<http://www.zeit.de/2015/05/konsensgesellschaft-alternativlosigkeit-dagegen>)
- (3) Studie von P-Magazin.de in Zusammenarbeit mit DJV und dju: »Gefahren für die Innere Pressefreiheit 2013«,
<http://pressefreiheit-in-deutschland.de/online-studie-innere-pressefreiheit-2/> (<http://pressefreiheit-in-deutschland.de/online-studie-innere-pressefreiheit-2/>).
- (4) Horst Röper: »Daten zur Konzentration der Tagespresse in der Bundesrepublik Deutschland im I. Quartal 2016 – Zeitungsmarkt 2016: Pressekonzentration erneut leicht gestiegen«, in: Media-Perspektiven, Heft 5/2016, S. 254–269, <http://www.ard-werbung.de/media-perspektiven/publikationen/fachzeitschrift/2016/artikel/zeitungsmarkt-2016-pressekonzentration-erneut-leicht-angestiegen/>
(<http://www.ard-werbung.de/media-perspektiven/publikationen/fachzeitschrift/2016/artikel/zeitungsmarkt-2016-pressekonzentration-erneut-leicht-angestiegen/>)
- (5) Lutz Hachmeister: »Das Problem des Elite-Journalismus«, in: Lutz Hachmeister, Friedemann Siering: Die Herren Journalisten. Die Elite der deutschen Presse nach 1945, München 2002, S. 7–34, hier S. 33
- (6) Christina von Hodenberg: Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973, Göttingen 2006
- (7) »Euromaidan: Keine extremistische, sondern freiheitliche Massenbewegung«, Heinrich-Böll-Stiftung, 20.2.2014,
<https://www.boell.de/de/2014/02/20/euromaidan-freiheitliche-massenbewegung-zivilen-ungehorsams>
(<https://www.boell.de/de/2014/02/20/euromaidan-freiheitliche-massenbewegung-zivilen-ungehorsams>)

freiheitliche-massenbewegung-zivilen-ungehorsams)

(8) »Merkel kämpft für Klitschko«, Spiegel online, 8.12.2013,

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-merkel-will-klitschko-zum-praesidenten-aufbauen-a-937853.html>

(<http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-merkel-will-klitschko-zum-praesidenten-aufbauen-a-937853.html>)

(9) »Ukraine crisis: Transcript of leaked Nuland-Pyatt call«,

BBC.com, 7.2.2014, **[http://www.bbc.com/news/world-europe-](http://www.bbc.com/news/world-europe-26079957)**

26079957 (<http://www.bbc.com/news/world-europe-26079957>).

(10) Stephan Stuchlik, Olga Sviridenko, Philipp Jahn: »Todesschüsse

in Kiew – Wer ist für das Blutbad vom Maidan verantwortlich?«,

ARD »Monitor«, 10.4.2014, **[https://www.youtube.com/watch?](https://www.youtube.com/watch?v=7DRHxV4Bb7w)**

v=7DRHxV4Bb7w ([https://www.youtube.com/watch?](https://www.youtube.com/watch?v=7DRHxV4Bb7w)

v=7DRHxV4Bb7w). Siehe auch den US-Dokumentarfilm »Maidan

Massacre« von John Beck Hofmann von 2014,

<https://www.youtube.com/watch?v=zV-TZQKgAPE>

(<https://www.youtube.com/watch?v=zV-TZQKgAPE>); Ivan

Kachanovski: »The »Snipers« Massacre on the Maidan in Ukraine«,

Paper presented at the Chair of Ukrainian Studies Seminar at the

University of Ottawa, 1.10.2014

http://www.academia.edu/8776021/The_Snipers_Massacre_on_the_Maidan_in_Ukraine

(http://www.academia.edu/8776021/The_Snipers_Massacre_on_the_Maidan_in_Ukraine)

(11) »Weit über eine Million Opfer im Krieg gegen den Terror«,

Interview mit Jens Wagner, nachdenkseiten.de, 24.3.2015,

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=25535>

(<http://www.nachdenkseiten.de/?p=25535>)

(12) Benjamin Bidder: »EU-Ermittler entlarven Saakaschwilis

Kriegslüge«, Spiegel online, 30.09.2009,

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/kaukasus-konflikt-eu-ermittler-entlarven-saakaschwilis-kriegsluege-a-652441.html>

(<http://www.spiegel.de/politik/ausland/kaukasus-konflikt-eu-ermittler-entlarven-saakaschwilis-kriegsluege-a-652441.html>)

(13) »Ulrich Tilgner verlässt das ZDF: Eingriffe und

Bündnisrücksichten«, 29.01.2008,

<http://www.foerderland.de/digitale-wirtschaft/netzwertig/news/artikel/ulrich-tilgner-verlaesst-das-zdf-eingriffe-und-buendnisruecksichten/>
(<http://www.foerderland.de/digitale-wirtschaft/netzwertig/news/artikel/ulrich-tilgner-verlaesst-das-zdf-eingriffe-und-buendnisruecksichten/>)

(14) Siegfried Weischenberg, Maja Malik, Armin Scholl: Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über die Journalisten in Deutschland, Konstanz 2006



Jens Wernicke, Jahrgang 1977, Diplom-Kulturwissenschaftler (Medien), arbeitete lange als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Politik und als Gewerkschaftssekretär. Er verantwortete mehrere Jahre das **Interviewformat** (<http://www.nachdenkseiten.de/?cat=209>) der **NachDenkSeiten** (<http://www.nachdenkseiten.de/>), Deutschlands meistgelesenem politischen Blog. Heute ist er Autor, freier Journalist und Herausgeber von „**Rubikon – Magazin für die kritische Masse**“ (<https://www.rubikon.news/>). Zuletzt erschienen von ihm als Mitherausgeber „**Netzwerk der Macht – Bertelsmann. Der medial-politische Komplex aus Gütersloh**“ (<http://www.bdwi.de/verlag/gesamtkatalog/564228.html>) und „**Fassadendemokratie und Tiefer Staat: Auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter**“ (<https://www.amazon.de/Fassadendemokratie-Tiefer-Staat-autorit%C3%A4res-Zeitalter/dp/3853714250>).“ Sowie von ihm als Autor „**Lügen die Medien? Propaganda, Rudeljournalismus**“

und der Kampf um die öffentliche Meinung
(<https://www.westendverlag.de/buch/luegen-die-medien/>)“.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International)**
(<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>)
lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.